

# Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei) für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die Volksstimme erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Preis 1,25 Mark. Einzelhefte 20 Pfennig. In den Abonnementen: 12 Hefen 2,25 Mark. In den Abonnementen: 12 Hefen 2,25 Mark. In den Abonnementen: 12 Hefen 2,25 Mark.

Verlagspreis: Monatlich 1,25 Mark. Einzelhefte 20 Pfennig. In den Abonnementen: 12 Hefen 2,25 Mark. In den Abonnementen: 12 Hefen 2,25 Mark. In den Abonnementen: 12 Hefen 2,25 Mark.

Nr. 15.

Halle, Sonnabend, den 18. Januar 1919.

3. Jahrgang.

## Demokraten und Demokratien.

Gestern abend ward Prof. Deutschein, wie es sein gutes Recht ist, in der sozialdemokratischen Versammlung um Stimmen für seine demokratische Partei. Er hielt deren Existenz für nötig als Wall gegen reaktionäre Bestrebungen von rechts. Von der imperialistischen Demokratie wolle er nichts wissen, mit der Sozialisierung — er verstand darunter die Verstaatlichung — der Bergwerke und anderer Großbetriebe erklärte er sich einverstanden, zum direkten Uebertritt zur Sozialdemokratie seien er und seine Freunde dadurch abgehalten worden, daß sie national gefinnt seien, nicht international, daß ferner die alte sozialdemokratische Partei den Trennungsstrich zwischen sich und den Unabhängigen nicht klar genug gezogen habe, und daß drittens die Sozialdemokratie herangezogen sei aus der Lehre von wirtschaftlichen Materialismus, der in Kunst, Wissenschaft und Politik bereits bankrott gemacht habe. Marx habe auch für die Landwirtschaft das Ausmaß des Kleinbesitzes durch den Großbesitz vorausgesetzt, was nicht eingetreten sei. Die Kant, Nichte und Umland, als geistige Träger der deutschen Revolution von 1848, seien Demokraten gewesen, nicht aber Sozialdemokraten. Und schließlich trenne ihn von den letzteren die Tatsache, daß sie den Klassenstandpunkt vertrete, während die Demokraten die Klassengegensätze zu überwinden bemüht seien.

Herrn Prof. Deutschein kann, wie seinem Kollegen Ueberhanden und gar manchem anderen noch, das Zeugnis ausgestellt werden, daß sie ehrliche bürgerliche Demokraten sind und daß sie das schon vor Ausbruch der Revolution waren, nicht also erst seit einigen Wochen ihr Herz entdeckt haben. Aber müssen sie nicht zugeben, daß sie in ihrer eigenen Partei nur in der Richtung der Sozialdemokratie die Durchsicht übernehmen, daß die politische und wirtschaftliche Wirksamkeit ihrer Partei in Zukunft die von ihnen be- währteste Richtung einschlagen wird? Prof. Deutschein, der gleichfalls zur demokratischen Partei gehört, sagt in seinem kleinen, loebens erlöschenden Schriftchen über die Programme der deutschen Parteien:

„Durch die Revolution sind die politischen Forderungen der (demokratischen) Partei in einem Maße erfüllt worden, daß ihr hier keine Aufgabe mehr bleibt. So kommt für sie nur noch das Ziel in Betracht, die wirtschaftliche Freiheit gegen die Bestrebungen der Sozialdemokratie zu verteidigen.“

Und an anderer Stelle:

„Im Gegensatz zu den sozialdemokratischen Parteien betrachtet die demokratische Partei die heute notwendige Sozialisierung keineswegs als den Beginn einer neuen Wirtschafts- und Menschheitsperiode, sondern als ein Uebel, das sie in möglichst engen Grenzen zu halten hofft.“

Politisch ist die demokratische Partei somit auch nach Eckschaber überflüssig geworden, da die volle Demokratie in der deutschen Republik bereits durchgeführt ist oder demnächst durchgeführt wird. Es bleiben nur die wirtschaftlichen Bestrebungen übrig. Und auf diesem Gebiete ist die ganz überwiegende Mehrheit der bürgerlichen Demokraten rein kapitalistisch orientiert. Auch sie betrachten die „notwendige Sozialisierung“ als Uebel.

das sie in möglichst engen Grenzen zu halten bemüht sein werden.

Das ist der springende Punkt. Die politische Demokratie hat weder in Nordamerika noch in Frankreich oder anderwärts die Gewähr für gesunde wirtschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse gegeben. In allen diesen Demokratien wütet und wüthet der festsittende Kapitalismus, der schlimmer am Volke frist als irgend eine politische Reaktion und der unerträglichere Zustände heraufbeschworen hat an Korruption und Repekismus als irgend eine andere Staatsform. Deshalb kann ein konsequenter Demokrat nicht der bürgerlich demokratischen Partei angehören. Er muß sich zur Sozialdemokratie schlagen: denn die sozialistische Struktur der Demokratie ist — politisch betrachtet — lediglich die Sicherung, daß die Demokratie das gleiche Recht für alle gewährt. Die Möglichkeit der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, die Unterdrückung des wirtschaftlich Schwachen durch den Starken, die Herrschaft des Gelds über Geist und Gesellschaft, die entstehenden Einflüsse des kapitalistischen Egoismus können nur beseitigt werden durch die sozialistische Struktur des Gemeinwesens. Das müssen die konsequenten Demokraten zugeben, und deshalb kann ihr Platz nicht in den Reihen der bürgerlichen Demokraten sein.

Was Herr Prof. Deutschein gegen die Sozialdemokratie eingewendet hat, fällt in sich zusammen. Denn man kann national und international zugleich sein. Man kann für das eigene Volk sorgen und zugleich den anderen Völkern die Beibringung bieten zur Verhängung. Der Strich gegenüber den Unabhängigen ist deutlich gezogen. Programm-

haltung zum anarchischen, undemokratischen Volksegoismus oder Spartakismus. Sobald die Unabhängigen sich zur Demokratie wieder bekennen, steht ihrem Rücktritt in unsere Partei nichts im Wege. Daß sich Marx in der Entwicklung der landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse geirrt hat, ist Tatsache, doch keinesfalls entscheidend, und die Klassengegensätze hat die Sozialdemokratie nicht geschaffen — das hat allein der Kapitalismus getan —, sondern wir wollen eben diesen Klassengegensätzen heilen durch Beseitigung der Klassen. Nicht aufs „Ueberwinden“ der Klassengegensätze kommt es an, sondern darauf, sie aus der Welt zu schaffen. Das jedoch wollen die Demokraten nicht, das wollen nur die Sozialdemokraten.

Ob Nichte und Umland sich heute zu den Demokraten zählen würden, ist sehr die Frage. Damals war der Kapitalismus in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Nichte wie auch Umland haben nie einen Zweifel gelassen, daß sie ausgeprägt sozial denken. Nichte, „Reben“ liegen dafür be- reitete Zeugnis ab. Nichte würde heute föderlich sozialistisch urteilen und der konsequente Umland gleichfalls.

Es gibt eben verschiedene Arten von Demokraten. Die Partei ist in wirtschaftlichen Fragen alles andere als mündel- schein. Wer weiß ich, daß in Deutschland die Konsequenzen der Demokratie bis ans Ende gezogen werden, der kann morgen nicht bürgerlich demokratisch wählen, sondern er wird sich für die alte sozialdemokratische Partei.

## Aufgaben und Ziele der deutschen Friedensdelegation.

Die Reichsregierung hat sich in den letzten Kabinets- sitzungen unter Zuziehung des Staatssekretärs des Reichens damit beschäftigt, die Delegation zur Friedens- konferenz zusammenzusetzen. In diesem Zusammenhang hat sie den Staatssekretär des Reichens Grafen Brockdorff-Rantzau und den Vorkonferenz- sekretär Scheidemann beauftragt. Ihnen wird ein Stab diplomatischer, wirtschaftlicher und rechtspolitischer Referenten beigegeben werden. Die Abordnung wird in ihrer Zusammenfassung das neue Deutschland zur Dar- stellung bringen.

Auch über die Richtlinien, an die sich die deutschen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu halten haben, ist Klarheit und Übereinstimmung erzielt worden. Der allem ist die Reichsregierung der Besant- wortung bewußt, die ihr durch die Annahme des Wilsonschen Programms auferlegt ist. Wie sie alles zu dessen Durch- führung erforderlich nachdrücklich be- streben und so auch jede damit übernommene Verpflichtungen streng eingehalten wird, so muß die andererseits Forderungen unserer Discretion-

Gegner ablehnen, die über jenes Programm hinausgehen. Sie darf die Grenzen nicht überschreiten lassen, die der Behauptung der jungen deutschen Republik als Staatsnot und Wirtschaftsförderer an den Rand. Sie wird sich der Welterschreckung eines Wirtschaftskrisis- tages nach Friedensschluß widersetzen. Unsere Vertreter haben sich dafür einigsetzt, daß alle wirtschaftlichen Kampfanforderungen sofort eingeklärt und die dadurch gefährdeten privaten Rechte, soweit als möglich, wiederhergestellt werden. Es wird unverzüglich eine auf Willigkeit und Gerechtigkeit beruhende Vereinbarung über die gegenseitige Einfuhr von Rohstoffen und Lebensmitteln zu treffen und für die Zu- kunft eine wirtschaftliche Annäherung der Völker unter möglichst gleichmäßigen Bedingungen anzustre- ben sein. Dazu gehört namentlich, daß die Fragen des Ar- beitsrechtes und der Arbeiterversicherung auf der Grundlage der von den letzten inter- nationalen Kongressen darüber gefaßten Beschlüsse von allen beteiligten Staaten einheitlich gleich- mäßig geregelt werden.

Weiterhin werden unsere Vertreter zu erklären haben, daß Deutschland bereit ist, gemeinsam mit den anderen Staaten zu Tunde, gar See und in der Luft abzusuchen und die zur Ausbildung dieses internationalen Problems erforderlichen

Verpflichtungen unter der Voraussetzung der Gegenseitigkeit einzugehen. Zufällig hat Deutsch- land durch die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen seine Kräfte in wesentlichen schon verloren. Um so weniger ist es gerechtfertigt, daß unsere Gegner die kriegs- gefangenen Deutschen immer noch hinter Stachels- draht schmachten lassen, während wir unsere Gefan- genen haben freigeben müssen. Die Delegierten sind ange- wiesen, auf der Heimsendung aller gefangenen Deutschen schon bei Beginn der Verhandlungen nach- drücklich zu bestehen. Es werden ferner für eine Wiederherstellung Deutschlands in seine kolonialen Rechte im Rahmen des Wilsonschen Pro- gramms einzutreten haben und dabei die Sorge für das Recht der einwohnenden Bevölkerung als gemeinsame Pflicht aller Völker des europäischen Kulturkreises betonen. Bei der Behandlung der territorialen Fragen in Europa und Nordafrika werden unsere Unterhändler das große Prinzip des Selbstbestimmungsrechtes der Völker ebenso wie die günstigen anderer anerkennen, wie sie es zugunsten des deut- schen Volkes im Anspruch nehmen müssen. Dies gilt ins- besondere für die politische und wirtschaftliche Frage.

Unsere Vertreter sind schließlich darauf zu achten, daß allen Kräften die Errichtung des Völkerbundes im Geiste der Wilsonschen Bestrebungen und in Verbindung mit der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit zu fordern, weil hierdurch allein ein Zustand dauernden Friedens verbürgt wird.

## Tagesgeschichte.

### Reichsregierung und Zentralrat zum Tode Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Donnerstag mittag 1 Uhr trat die Reichsregie- rung und der Zentralrat zu einer gemeinsamen Be- sprechung über den Tod Liebknechts und der Frau Rosa Luxemburg gefangen Tage zusammen. Alle waren sich einig in der schärfsten Verurteilung des- selben. Die Regierung hat zum Tode der Frau Luxemburg geführt haben. Der Zentralrat billigte ohne Einschränkung die Haltung der Regierung, welche sofort a r u n d i g a M e r s u n g a n g e o r d n e t u n d s c h ä r f s t e B e t r a u f u n g d e r e i n z i g e n S t u d i e n b e f o h l e n h a t.

Zur Befehung des Parteibureaus der U. G. D. D. schreibt das Berl. Ztbl.: Es liegt bereits einwandsfrei fest, daß es nicht die Rotenischen Truppen, sondern eine Abteilung der Volkswehr aus dem Reichstage war, die dort unter Führung eines Leutnants Schröder eingebrungen ist, angeblich, um Uebergriffe abzuwehren. Der Leutnant ist bereits festgenommen und eine Feststellung des Tatbestandes unter Zuziehung von Unabhängigen in die Wege geleitet.

### Generaltreff in Leipzig.

Freitag früh sind in Leipzig die Arbeiter zahlreich- fabrichen in den Ausbruch getreten. Die Streikenden verammel- ten sich auf dem Augustplatz, wo Herr Dr. Kurt Geyer eine Ansprache hielt. Der Streik richtete sich gegen die gegen- wärtigen Militärdiktatur. Der sich angehört die Regierung Ober-Sachsenmann schon beunruhigt und protestiert gegen die Haltung Liebknechts und Rosa Luxemburgs. Die Menge zog in die verschiedenen Betriebe, um die Durchführung des Streiks zu erzwingen. Nachmittag war die Stadt ohne Wasser, die Straßenbahnen verkehrten nicht, auch die Zettelungen waren am Arbeiterischen schändert. Der Ar- beiter trat sich ein Flugblatt verfaßten, in der er vor der Schließung der Zeitungsbetriebe warnt. Flugblätter und Werbe- material wurde verstreut. Esobwohl wurden die Soldaten, Offiziere die Achselstücke abgriffen. Für Sonnabend ist ein großer Demonstrationstreff der gesamten arbeitenden Bevöl- kerung geplant.

### Proletarische Einheitsfront?

Die Magdeburger Vertrauensmänner des Deutschen Metall- arbeiter-Bundes haben am Mittwoch nachmittag folgenden Beschluß gefaßt:

Die große Vertrauensmänner-Sitzung des Deutschen Metallarbeiterverbandes vom 15. Januar 1919 steht in einem Sympathietreff, wie er von einem hiesigen Groß- betrieb zugunsten der Berliner Arbeiter beantragt worden ist, ganz in dem geistigen Mittel, die großen Massen in der sozialistischen Arbeiterbewegung zu befestigen. Sie ist jedoch der Auffassung, daß es höchste Zeit ist, im Interesse der Erhaltung der revolutionären Ergründungschaften und deren Fortführung den niederbischen Bruderverein einzu- stellen und eine proletarische Einheitsfront auf der Grundlage des sozialdemokratischen Erfurter Programms herzustellen.

Diese Einheitsfront würde so groß sein wie nie vorher. Die Voraussetzung hierfür ist der Rücktritt aller Führer, die dieser Einigung entgegenstehen, und eine Re- beuebung der Jugend durch nicht kompromittierte Männer aller sozialdemokratischen Richtungen, die unter- stützt sein durch geeignete Mittel, die großen Massen, wie in den ersten Revolutionen, die arbeiten in dem- selben Richtung zum sozialistischen Endziel fortziehen.

Die Magdeburger Vertrauensmänner erklären dazu: Die Zeit dieses Beschlusses ist sehr kompromittiert, und wir wollen

letzten sozialdemokratischen Führer, der diese Erklärung im Wege sieht. Allerdings gewisse Vorbereitungen sind zunächst zu erfüllen: Es muß die demokratische Unterordnung der Arbeiter unter die Reichsleitung der Wehrmacht geordnet werden. Ohne diese Selbstverständlichkeit wäre jede Erklärung nutzlos.

**Wahlrecht der unabhängigen Minister in Sachsen.**  
Das sächsische Gesamtministerium veröffentlicht eine Bekanntmachung, wonach die Minister Bud, Grobmann und Schwarz die Leitung sämtlicher Staatsgeschäfte übernommen haben.  
Der Zentralrat des Landesrates der Republik Sachsen nahm Kenntnis von dem Wählrecht der Volksbeauftragten Feilner, Geber und Lipinski. Er ersuchte die Minister Bud, Grobmann und Schwarz, ihre Ministerien weiter zu behalten. Die zurückgetretenen Minister wurden ersucht, ihre Geschäfte in die Hände der verbleibenden Minister selbst zu übergeben. Als einziger Minister wurde Dr. Grobmann bestimmt. Als Verwalter des Ministeriums für Militärwesen bis zur endgültigen Regelung Gustav Keuring. Der Zentralrat behält sich die Reibung des Beamtensministeriums vor.

**Der 24. Dezember.**

SR. Wegen der blutigen Kämpfe um den Marzial am 24. Dezember sind die Unabhängigen aus der Regierung ausgeschlossen. Sie wollten das „Unrecht“ der Regierung gegenüber der Volksmehrheit nicht länger verankern.  
Über die Volksmehrheit hat sich die Männer, welche sie am 24. Dezember geführt haben, insbesondere der ehemalige Offizier Derrbach, jetzt abgesetzt und verhaftet, um sie zur Verantwortung zu ziehen, weil sie durch ihre unwahre Berichterstattung über die Haltung der Reichsregierung und durch ihre heimlichen Bündnisse mit Einheimern und Liebhabern das Blutbad verurteilt haben. Und heute hat die Volksmehrheit den Marzial freiwillig geräumt, weil sie, wie sie erklärt, die Enttarnung an das Unrecht des 24. Dezember verschwinden lassen wollte.

Als die Volksmehrheit sich jetzt selbst eingeleitet, daß sie am 24. Dezember betrogen und in die Irre geleitet und die Regierung im Recht war. Aber die Unabhängigen sind deswegen aus der Regierung ausgetreten! Kann man sich einen blamableren Vorwand für einen Schritt der Angst vor Diebstahl, Diebstahl, Dummigkeit und Richard Müller denken!?

**Das Ende der 3. E. O.**

Das Reichswehrministerium teilt mit: Am 1. Januar 1919 sind alle die Einheiten von Lebensmitteln aus dem Bundeslande beabsichtigten Bestimmungen der 3. E. O. von der Befehlshaberabteilungen für die inländische Versorgung zentraler Reichsteile übernommen worden, die also nunmehr alle die Lebensmittelversorgung betreffen. Die nunmehrigen Aufgaben sind: Die Bekämpfung der noch bestehenden Verhältnisse der Lebensmittelversorgung. Insbesondere in der letzten Zeit wieder leistungsmindernde Anstrengungen gegen die 3. E. O. ist zu bemerken, daß eine gerechte Verteilung ihrer Lebensmittel erst dann möglich sein wird, wenn der Zeitpunkt heranzieht, zu welchem über die ihre Schicksalsführung rechtserhebenden Maßnahmen weitere Schritte ergriffen werden können. Ein kurzer Bericht über die Gesamtsituation der 3. E. O. befindet sich in Vorbereitung, der nach Fertigstellung zur Veröffentlichung gelangen wird.

**Sur Sozialisierung des Verbanes.**

Der Volkskommissar für die Vorbereitung der Sozialisierung des Verbanes im rheinisch-westfälischen Industriebezirk, Landrichter Ernst Raben-Ellen, der sich zurzeit zwecks Vorkonferenz mit der Reichsregierung in Berlin aufhält, überbringt uns folgende Erklärung:

Nachdem die unter Zurücklassung aller Lohnforderungen erfolgte Wiederaufnahme der Arbeit auf allen Seiten des Ruhrgebietes und damit die nach am Sonntagabend im wesentlichen Einbruch der Unterdrückung der Streikbewegung und Gasenerzeugung des Industriebezirks infolge der nunmehrigen und des gesamten rheinisch-westfälischen Bezirks und allen Arbeiter- und Anwesenheitsorganisationen einschließlich der Christlichen und Sozialdemokratischen Gewerkschaften erfolgte Aufnahme des Verkehrs auf sofortige Inangriffnahme der Sozialisierung und der dazu erforderlichen Einsetzung eines Volkskommissars erreicht worden ist, ist dieser Volkskommissar mit einer Deputation von vier Vertretern des Bezirks heute in Berlin eingetroffen, um nunmehr, so die Regierung wieder in der Lage ist, die Abnahme an sich zu nehmen, dieser Bezirk zu etablieren und insbesondere den halbfertigen Wasserkraften des Ruhrgebietes den notwendigen Energieerzeugung zu ermöglichen. Es ist zu hoffen, daß ein von gefunden wird, der der Reichsregierung vorläufig zur Sicherung der Ruhe im Ruhrgebiet und der Wachen zur Nationalerhebung die Beibehaltung der getroffenen Maßnahmen formell gestattet, ohne daß sie sich mit Rücksicht auf die gesamte einheitliche Sozialisierung zu hindern brauchen. Die Regierung wird sich der Notwendigkeit der getroffenen Maßnahmen nicht verschließen können, und es ist ihr dringende Wunsch des gesamten Bezirks, daß der Volkskommissar gewissenhaft mit beabsichtigenden befristeten Maßnahmen ausgeht wird.

**Deutschland und die Welt.**

In der abendlichen Tagesblätter kommt ein gewisser 3. M. den alten Lügenquark fertig, daß die deutsche Ohnmacht durch das „Verbrechen“ verurteilt sei, „das seit Jahren Millionen mit ruhmreichem Gelde vorbereitete, um sogenannten Deutschen am 9. November zur glorreichen Welteroberung“. Als ob nicht jeder Mensch im deutschen Volk längst wüßte, daß der Krieg ein militärisches durch die Fehler und Verbrechen der Militärs nicht länger länger verloren war, ehe der erste Funke der Revolution in Deutschland andrte. Aber Herr 3. M. hat den Trost, daß die Überbrückung des französischen Chauvinismus und die Überbrückung des deutschen Sozialismus alles in Deutschland anrichten werde, was überaus noch gesund denken und handeln könne, und dann werde der große Umschwung eintreten.  
Die Extreme verdrängen sich. Spartakus heißt oft die Gegenrevolution, die Gegenrevolution heißt ihre Rarte auf Spartakus. Und beide verfolgen die Geschäfte unserer Hände. In die demokratische Sozialistische Republik der Straße und Ordnung herrschen, wird nach dem soll.

Wichtigen Zusammenbruch des deutschen Militarismus und noch einen Frieden sichern können, der dem deutschen Volk weitestgehend absehbare. Und darum wird das deutsche Volk am 19. Januar schon wissen, für welche Partei es stimmen muß, um noch einen friedlichen anständigen Frieden zu erlangen.

**Protest der deutschen Regierung an Rußland.**

Die Reichsregierung hat an die russische Regierung einen Protest gerichtet, der sich gegen die Unterdrückung des Spartakusführers durch russische Bolschewiken richtet. Es heißt in dem Protest u. a. Es sind unüberlegliche Beweise vorzulegen, daß die aufführende Bewegung einer russisch-polnischen Gruppe zwecks politischer Vergewaltigung des deutschen Volkes von russischen Mitteln

**Wähler, Wählerinnen!**

**Sonntag 18. Wahltag, Gestern 17. Wahltag des deutschen Volkes!**

Jeder Staatsbürger, jede Staatsbürgerin, die am 18. Januar das 20. Lebensjahr vollendet haben, die kein Wahlrecht aus!

Die Wahl beginnt früh 9 Uhr und endet abends 8 Uhr. Jede Wahlzeit ist ein Wahltag, um nicht durch den Schluß des Wahlzuges seiner Stimme verlustig zu gehen.

Entgegen den Bestimmungen des früheren Wahlgesetzes haben jetzt auch Soldaten das Wahlrecht, ebenso auch Personen, die sich im Konfessio befinden, oder aus öffentlichen Mitteln Alimentierungen bezogen haben bzw. noch beziehen.

Das Wahlrecht kann nur der ausüben, dessen Name in der Wahlliste steht. Eine Ausnahme hiervon machen nur nach dem 6. Januar aus dem Sekretariat Entlassene, die ohne Eintragung in die Wahlliste auf Grund einer Bescheinigung über ihre Heimkehr vor zur Wahl zugelassen werden, wo sie sich am Wahltag aufhalten.

Veränderungen der Stimmzettel (Einfachungen) sind unzulässig, aber wahllos. Unvollständige Stimmzettel (die also weniger Namen enthalten als Kandidaten zu wählen sind) haben die gleiche Geltung wie vollständige. Solche Veränderungen beruhen nicht die Gültigkeit des Wahlzettels, sind aber auch ohne Einfluß auf das Wahlergebnis. Sticht auf dem übergebenen Stimmzettel auch nur ein Name der beim Wahlverfahren eingeschriebenen Kandidatenliste, also z. B. der erste Name, so genügt dies zur Bezeichnung des Wahlzuges, also der gesamten Liste.

Angültig sind Stimmzettel, die Namen aus anderen oder aus veränderten Wahlzügen enthalten, dieselben unzulässig sind Stimmzettel, die nur sogenannte „Wilde“ enthalten, d. h. Personen, die auf keinem der öffentlichen Wahllisten verzeichnet sind. Stimmzettel mit Namen solcher „Wilden“ ist unzulässig, aber auch unwillkürlich, da diese Personen nie als gewählt gelten können.

Gebühren jeder einzelnen Stimmzettel unverändert ab, acht nur jeder darauf, daher den Stimmzettel der alten Sozialdemokratischen Partei abgibt, der beginnt mit dem Namen

**Adolf Thiele.**

und von russischen Organen unterstützt worden ist und daß russische offizielle Behörden an ihr teilgenommen haben. Die deutsche Regierung legt gegen diese unzulässige verdrängende Einmischung in die innere Verhältnisse Deutschlands strenge Proteste ein. Sie sieht in dieser nach von Zwangsmaßnahmen ab, nicht aber aus Rücksicht gegen alle Russen vorgehen, die sich an der außerordentlichen Bewegung beteiligt haben oder sie unterstützen.

**Koltenwechsel zwischen der deutschen und englischen Regierung wegen der Koltenfrage.**

Die englische Regierung hat am 8. Januar eine Note an die deutsche Regierung gerichtet, in der sie die deutsche Regierung auffordert, fünfzig bis hunderttausend der polnischen Bevölkerung in Ost- und Westpreußen, Litauen und Schlesien zu unterwerfen. Die deutsche Regierung antwortet in höchst scharfer Weise und weist darauf hin, daß die Provokation einzig und allein der polnischen Seite gelte. Der nachfolgende polnische Propagandist sollte schon vor der Friedenskonferenz die polnische Frage regeln. Die deutsche Regierung stimmt mit der englischen überein, daß die Frage der Diktatorien erst auf der Friedenskonferenz geregelt wird.

**Polizei-Kontrollen am Ende.**

Aus Petersburg erfahren die W. R. A. aus absolut zuverlässiger Quelle: Die Festsetzung des Standes von den Polizeikontrollen macht erlaunliche Fortschritte. Die bolschewistischen Kontrollen zeigen nur überaus geringe Widerstandskraft. Jetzt überläßt sich auch in Petersburg die Unruhe zu vernehmen. Es brechen öffentliche Unruhen aus, die sich in der Stadt ausbreiten durch die Straßen und fordern die Erlaubnis, die Stadt zu verlassen, um im Inneren des Landes Brot zu verschaffen. Im Reichsratsrat ernennt Einwohner die hungernden Arbeiter und Soldaten, den Mut nicht zu verlieren. Die Unruhen haben ihre Ursache in der Verschärfung der letzten Lebensmittel an die Front und sind teilweise schon in Aufbruch übergegangen. Enorme Menschenmassen durchziehen die Straßen. Die Aufstände werden durch schneidende und feindliche Truppen unterdrückt, deren neugebildete Divisionen die Tapferkeit, entschlossen als Zeichen der entsetzlichen orientalischen Fremdenhass zeigen. Gleichzeitig mit den Unruhen ist eine umfangreiche Entlassung ausgebrochen, die die Arbeiter und den Eisenbahnerstreik zu beenden trübt. Die Arbeiter von Chudow, Tullow und der mehrgliedrigen Werke kreuzen bereits. Unzufriedenheit und Einwohnern wurde in einer Arbeiterversammlung des Wort verweigert. Die Bolschewistenführer sind gezwungen, die Arbeiter zu verlassen. Als offizielle Streikparade wurde die Notwendigkeit der Bekämpfung mit dem Bürgertum und des freien Handels ausgegeben.

**Kurze Nachrichten.**

**Unterdrückung von Wehrzügen.** Von den zukünftigen Wehrzügen wird augenblicklich eine Gefesessorge vorbereitet, die die geregelte Einstellung und Unterdrückung der Wehrzügen Arbeitsteilung zum Ziele hat.

**Zusatz.** Die Wehrzügen der angeklügten Wehrzügen Wehrzügen sind heute sechs Offiziere (Franzosen, Belgier, Engländer und Amerikaner) mit rund 25 Mannschaften in Duisburg eingetroffen. Ihre Aufgabe ist vorläufig neben der Bekämpfung der Wehrzügen die Kontrolle der Schiffahrt und die Befreiung der Kohlentransporte. Sollte irgend welche weiteren Unruhen ausbrechen, ist die allgemeine Befehung von Duisburg angeordnet.

**Ist die Sozialdemokratie religionsfeindlich?**

Die bürgerlichen Parteien erheben mit zunehmender Schärfe gegen die Sozialdemokratie den Vorwurf der Kirchen- und Religionsfeindlichkeit. Der Zweck dieses Treibens ist klar: die bürgerlichen Parteien wollen die Waage der Wähler und Wählerinnen mit diesem Gewicht lasten und ihnen den Blick trüben für die Erkenntnis der unheimlichen Sinnlichkeit, die diese Parteien durch ihre politisch und kulturfeindliche Politik auf sich geladen haben, einer Politik, die in ein zerringendes Abgesang in dem heutigen Abend die des Krieges erlaubten hat. Die Einbildung des ganzen Reichstages haben noch zu unzulässig in der Seele des deutschen Volkes, als daß man glauben möchte, es könnten durch sämtliche Wahlmänner bewirkt werden. Immerhin sehen wir uns veranlaßt, die größten Verleumdungen der Gegner in folgendem richtigzustellen:  
Es ist unwar, daß die Sozialdemokratie den Vernichtungstakt gegen Kirche und Religion auf ihre Fahne geschrieben hat. Wir weisen dies scharf mit Entschiedenheit zurück.  
Wahr ist allerdings, daß die Sozialdemokratie die Religion als eine soziale Veranschaulichung einzelner Menschen ansieht und sie dazu machen will. Es wird dadurch verurteilt, daß die Religion auf ein einzelnes Individuum über sich selbst, wie es selber selber sich als notwendige Folge der Vererbung von Staat und Kirche ergehen hat.  
Es ist eine lächerliche, wenn selbst nicht, Trennung von Staat und Kirche wäre gleichbedeutend mit der Unmöglichkeit, Religionsunterricht zu erteilen.  
Die Wahr ist, daß Religionsunterricht und Religionsunterricht erst dann möglich ist, wenn die soziale Lage der Bevölkerung mehr seitens des Staates auf demjenigen ausgebildet werden können, deren Weltanschauung eine andere ist als die der staatlich anerkannten Religionsgemeinschaften. Selbst soll eben nach seiner Veranlassung sein.  
Eine Verleumdung ist, wenn behauptet wird, daß die Sozialdemokratie die Eingangs des Kirchenvermögens und des Kirchenzinses will.  
In Wirklichkeit denkt kein Sozialdemokrat daran, rechtmäßig erworbenen Kirchengeld, also auch das der Kirchen, anzutasten. Das heißt sich im letzten Jahre zur Steuerleistung herangezogen werden muß jedes andere Vermögen, ist bei den durch den unzulässigen Ausweg des Kirchengeldes verwirklichten einen Selbstverleumdung und bedeutet kein Unrecht und keine Konfiskation.

Zum Schluß erklären wir, daß wir uns nie nur auf dem Standpunkt befinden, daß die kirchlichen Verhältnisse auf dem Grundgesetz der Kirche zu bestehen müssen und dabei alle Mittel auf die religiösen Bedürfnisse und wirtschaftlichen Interessen der Kirchengemeinschaften genommen werden müssen.

**Aus dem Reich.**

**Stimmen.** Hier verurteilt Spartakus die von auswärts auf zu stellen und die Bevölkerung für ihre Ideen zu gewinnen. Sie erteilen ein höchliches Biss und mühen unverrückter Dinge wieder abgeben.

**Stimmen.** Eine Geheimdiplomatie wurde von der höchsten Geheimdiplomatie in einem Kino entdeckt, wo der Filmraum von Schlichtung ungewarnt wurde und außer Reichweite gerieten noch etwa 5 Zentner Fleisch, Salz, Lunge usw. lagen. Auch eine Kuchenteile war vorhanden. Alles wurde beschlagnahmt. Die Geheimdiplomatie ist in Haft genommen.

**Stimmen.** Der Straßenbahnbetriebs wurde gestern früh in seinen Umfängen wieder aufgenommen, nachdem von den Unabhängigen eine eingehende Verhandlung gewirkt worden ist, die mit dem Magistrat über den Abbruch eines Tarifvertrages verhandelt soll.

**Eure Stimme!**

Eure Stimme — verneint das nicht —  
Ist Jagenhaft! —  
Ist ein heiliger Ansehenswort:  
Dem Neuen Segen! Dem Alten Pfand!  
Eure Stimme ist ein lauter Schrei:  
Die Freiheit! Die Solidarität!  
Eure Stimme ist die Woge der Zeit!  
Schlaflos! Gerechtheit!  
Eure Stimme Mütter und Frauen,  
Ist: Euren Kindern löshere Zukunft bauen!  
Eure aller Stimme Verstand und Gehör:  
Sie Leben und Brot! Sie Hunger und Tod!  
Julius Reich.

**An unsere werten Abonnenten.**

Die Volkstimme wird nunmehr seit dem 1. d. M. hier am Orte gedruckt und in dieser kurzen Zeit einen erfreulichen Aufschwung erfahren, der in erster Linie ihrem aktuellen Inhalt und ihrer konsequenter Haltung zu danken ist. Neben müssen wir konstatieren, daß die Zustellung des Blattes an die Leser nicht in der von gewöhnlichen Blätterzeitung so häufig geht; vielmehr müssen wir in diesem Punkt die Nachsicht der Leserschaft erbitten. Trotz unangenehmer Verhältnisse, vielfach höchstes Material- und Personal zu finden, haben wir gerade in letzter Zeit wiederholt leisten müssen, daß diese Frage nicht so leicht zu lösen ist. Neben den vielen Freunden, die sich die Volkstimme bisher erworben hat, scheint es eine gewisse Seite sich zum Ziele gesetzt zu haben, dem Blatte die Ausrüstung zu verweigern, um so die Abonnenten anzuziehen und demselben abträglich zu machen.

Wir stellen diese uns sehr unangenehme Sache hiermit unserer geliebten Lesern mit in der Erwartung, daß die selben der Volkstimme ihre Freundschaft in Zukunft in noch höherem Maße erweisen werden. Unsere Aufgabe sind es jedoch sein, alles daran zu setzen, in kurzer Zeit den angeführten Mangel zu beheben.  
Verlag und Redaktion des Volkstimme.



Alte Promenade 11a  
Fernruf 5728.



Leipzigerstrasse 88  
Fernruf 1224.

### Die Distanz

Spannendes Drama in 4 Akten.

Hauptrolle:

**Maria Fein.**

**Erich Kaiser-Titz**

Vorführung: 3.00 4.00 6.30 9.10

### Der Fuchs im Hühnerstall

Eine lustige Mädchen-Pensions-Geschichte in 2 Akten.

Hauptrolle:

**Garl Aistrup.**

Vorführung: 4.10 6.20 8.30

### Digge Larsen

als

Kriminalkommissar Dr. Spittlerich  
in dem grossen 4 Akten-Kriminal-  
Schauspiel

### Die Edelstein-Sammlung

Vorführung: 3.00 5.00 7.10 9.30

### Leutnant Miuoki

Lustspiel (3 Akte) voll sprudelnden  
Humors.

Hauptrolle:

**Lia Ley, Ferry Sikla.**

Vorführung: 4.00 6.10 8.20

V 382 3

Beginn: 3 Uhr.

# Freiwillige vor!

Kameraden! Deutschland ist in schwerer Gefahr! Während wir an dem Ausbau unserer inneren Freiheiten arbeiten, ist die Freiheit unserer Landesteile im Osten, aus dem täglich erschütternde Güterflut an uns gelangen, dem außen bedroht. Noch ein paar Tage ohne energische Abwehr, und wir müssen befürchten, daß weitere Gebiete im Osten dem politischen Imperialismus zum Opfer fallen. Er unter Brechung von Gesetz und Landesfrieden die schwerste Stunde der jungen deutschen Republik mißbraucht. Die Regierung und Volk protestieren gegen diese Veruche, vor Friedensschluß die Welt vor ferige Lasten zu stellen. Wir haben die Wilson-Punkte als Grundvorlage für den künftigen Frieden angenommen und werden sie gemessenhaft halten.

Kameraden! **Proteste allein nützen nichts**, sie ersetzen die Nahrungsmittel nicht, die uns gesperrt werden, sie schaffen die Kohlen nicht, ohne die unser Wirtschaftsleben zugrunde gehen muß, sie drücken uns das Ansehen nicht zurück, das uns verlorengeht. Sie helfen den Kameraden in den Dörfen-Kroovingen zu keinem ungehörten Abzug. Wehren müssen wir uns. **Nehest euch freiwillig zum Grenzschutz**; bei jedem Bezirkskommando werden Meldungen entgegengenommen und auch die günstigen Bedingungen mitgeteilt, unter denen die Anwendungen von Freiwilligen erfolgt. Wir wollen euch in keinen neuen Krieg führen. Ihr sollt das **Vordringen von Landesfriedensbrechern aufhalten**. Ihr sollt das U-bercamp-lich mehrerer Schritte und Dörfer verhindern. Ihr sollt es unmöglich machen, daß Fremde nach Deutschland wie in ein bevenloses Haus eindringen und sich festsetzen. Ihr sollt als republikanische Wehrmänner die Ertragenschaften der Revolution sichern und die im Innern ge schaffenen Neu-richtungen verteidigen. **Nach jede Revolution, die französisch wie die russische, hat unter der Fahne ihrer neuen Ideale freiwillige Armeen aus der Erde gekloppt. Folgt dem Ruf der deutschen Revolution!** Sie kann ohne eure Hilfe ihre Ziele nicht erreichen. Zeigt, daß die Revolution den Militarismus getödet hat, aber nicht die freiwillige Schutzbereitschaft ihrer freiwilligen Bürger. Die Republik ruft euch, sie sorgt für euch, aber sie braucht euch auch. **Freiwillige vor!**

## Die Reichsregierung.

Ebert. Scheidemann. Landsberg. Noske. Dittell.

Generalkommando IV. Armeekorps.

Abt. Ia Str. 800.

Magdeburg, den 15. Januar 1919.

## Ausführungsbestimmungen:

I. Freiwillige für die Gebiete des Befehlsbereichs Ost — **außerhalb** der Reichsgrenzen — und Grenzschutz Ost — **innerhalb** der Reichsgrenzen — können sich bei

### Jedem Garnisonkommando oder Bezirkskommando

melden, die nähere Auskunft erteilen.

**Anmitte dare** schriftliche oder mündliche Meldungen beim Kriegsministerium, Ost, Generalkommando oder einer anderen Dienststelle sind **zwecklos** und werden **nicht berücksichtigt**.

II. Jeder Freiwillige hat seinen **Entlassungsantrag** mitzubringen. Soweit er noch **selbstverbrauchsbar**, kann er vom Staat gegen den Abgangswert abgekauft werden. Ein entsprechender Vermerk in den Militärpaß ist aufzunehmen.

### III. Bedingungen:

- In Betracht kommen nur **selbständigfähige**, mit **a** sich einmündige Persönlichkeiten. Die mit der Waffe ausgebildet sind. Sie müssen mindestens halbes Jahr Frontdienst getan haben. Hierunter ist zu verstehen:
  - Infanterie und Artillerie: Verwendung im Bataillons- oder Batterieverbande;
  - Kavallerie: Verwendung im Kavallerie-Schützenregiment oder als Div.-Kav.;
  - Pioniere: Verwendung im Kompagnieverbande;
  - Nachrichten-, Eisenbahn-, Fliegertruppen und Kraftfahrer: Verwendung bei Feldformationen im Operations- oder Etappengebiet;
  - Transformationsformationen: Verwendung bei Feld- oder Etappenformationen.
 Auch **Mutrosen**, die infanteristisch ausgebildet sind und **sonst** den Bedingungen entsprechen, können angeworben werden. Jahrgang 99 oder jüngere kommen vorläufig nicht in Frage.
- Verpflichtung auf einen Monat vom Tage des Eintrittens beim Truppenteil mit vierzehntägiger Kündigungsfrist am 1. und 15. d. M. Wird die Kündigung zu dieser Zeit von einer der beiden Seiten nicht ausgesprochen, so gilt der Vertrag um einen Monat verlängert. Die Entlassung eines Freiwilligen kann nur von dem Truppenteil ausgesprochen werden, bei dem er Dienst tut.
- Unterordnung unter die eingeleiteten Vorgesetzten, **denen Soldaten-(Vertrauens-) Räte zur Seite stehen**. Anertennung der bisher gültigen Kriegsgelge. (Aenderung derselben ist eingeleitet.)

4. Anerkennung nachstehender Gehühnisse für Ost und Grenzschutz Ost, gültig vom 1. 1. 1919 ab:

### A. Offiziere und Beamte:

- mobile Gehühnisse,
- sonst sie als Offiziere nach Maßgabe ihrer Kriegsstelle, als Beamte nach Maßgabe ihrer Friedensstelle, auf Wohnungsgeldzuschuß Tarifklasse 3—6 anzuwenden wären, eine Zulage von 5 Mark täglich, zahlbar am Monatsdritte nachträglich.

### B. Unteroffiziere und Mannschaften:

- mobile Löhnung nach dem Dienstgraden, mindestens 30 Mark monatlich,
- Zulagen: Im Grenzschutz Ost 5 Mk. täglich. Im Gebiet des West außerhalb des Reiches 5 Mark täglich und eine monatlich nachträglich zu zahlende Treuprämie. Diese beträgt für den 1. Monat 30 Mark für jeden weiteren Monat steigend um 5 Mark bis zu 50 Mark.

### 5. Verpflegung:

- Im Gebiet des Ost: Mobil Verpflegung.
- Im Grenzschutz Ost: Etübe und Truppen erhalten Feldportionen aus den Truppenküchen. Selbstbelästigung ist unzulässig. Wagt sie sich in Einzelkassen nicht umgehen, so ist eine Entschädigung von 5 Mark für den Tag zu zahlen. In jedem Falle ist jedoch die Entscheidung des Generalkommandos einzuholen.

### 6. Unterkunft:

Sowohl im Gebiet des Ost als auch im Grenzschutz Ost ist die Unterkunft der Offiziere und Mannschaften frei.

### 7. Verlorenung:

- Die Freiwilligen gelten als vorübergehend zum aktiven Militär insofern herangezogen im Sinne der Militärverlorenung-Gesetze.
- Die Ansprüche auf Familienunterstützung laufen weiter und werden neu begründet.
- Die freiwillige Dienstzeit rechnet für Jubiläen- und Altersverlorenung wie Dienst im aktiven Heere.

Von Seiten des Generalkommandos.

Der Chef des Generalstabes,

v. dem Hagen,

Oberstleutnant.

Der Exekutivausführer IV. Armeekorps.

Pod.

## Hippodrom



WINTERGARTEN  
Fernsprecher 2185.

Februar  
1.

# Sonnabend Grosser Masken- Ball

mit  
Prämierung.

### Stadttheater

Sonntag, den 19. Jan. 1919,  
nachmittags 3 Uhr:  
Volksvorstellung  
zu kleinen Preisen.

**Die vorsichtige Jungfrau**  
Lustspiel v. Walter Hasen  
Abds. 7 Uhr Ende 10 Uhr

**Camille**  
Oper von Bizet.  
Montag, den 21. Jan. 1919  
Abds. 7 Uhr Ende 10 Uhr

**Die Fledermaus.**  
Operette von Joh. Strauss

**Shalia-Theater.**  
Schauspiel  
des Stadttheater-Personals.  
Sonntag, den 19. Jan. 1919,  
abends 7 Uhr

**Familie S. umf.**  
Schauspiel von Käteburg.

**ZOO.**  
Sonntag, d. 19. Jan. 19,  
nachmittags 3 Uhr:

**Militär-Konzert**  
ausgeführt  
vom gemeinsamen aktiven Fremden-  
korps (Feldartillerie-  
Regts. Nr. 75.  
Verlung:  
Obermusikant er C. Steuer.  
Solisten:  
E. Wiedner 50 Pf. Stiller  
20 Pf., Müller ohne Dienst  
grad 20 Pf., Wiedner 10 Pf.,  
nachm. 20 Pf.

**Sozialistenmarsch,**  
**Marschallaise,**  
**Internationale u. a.**  
für Orchester, Klarin. u. Chor  
**J. Günther Verlag**  
Bredben 10 (1864)

**Firmen-  
schilder**  
mit  
**Erich Haack,**  
Reklamenschafr.,  
Bilderplan 1.

**Die Glocke**  
Sozialistisch. Wochenblatt  
Heft 50 Pf.  
im Abonnement wöchentlich  
6. Mk.  
entsprechend die  
Vorschlag. Volksstimme,  
Halle, Dr. Ulrichstr. 27.

# Fritz Kunert, der Kandidat der Unabhängigen,

hat wiederholt öffentlich erklärt,  
die Bolschewisten (auf deutsch Spartakisten) seien seine Freunde  
und hat dies auch in letzter Zeit nicht widerrufen.  
Mehrere mündliche Sozialdemokraten.







# Alte Sozialdemokratische Partei.

Vorsitzende: Ebert — Scheidemann.

Durch spartakistische Gewalttaten sind uns teilweise Flugblätter vernichtet und bei ihrem Druck Schwierigkeiten entstanden. Auch Versammlungen sind uns vielfach gestört und zum Teil unmöglich gemacht worden. Wir bitten die Bevölkerung, hiervon freilich Kenntnis zu nehmen und zu entschuldigen, wenn wir nicht allen an uns gerichteten Wünschen nach Versammlungen, Flugblättern usw., Rechnung tragen konnten.

Stimmzettel sind im Wahlbüro, Harz 42/44, Gewerkschaftshaus, Zimmer 12, zu haben.

Die sozialdemokratischen Parteileitungen im Regierungsbezirk Merseburg.

# Alte Sozialdemokratische Partei.

Vorsitzende: Ebert — Scheidemann.

Auf unseren Stimmzetteln hat unser Genosse Max Wicklein, der mit als Kandidat zur Nationalversammlung aufgestellt war, ausfallen müssen. Genosse Wicklein ist erst jetzt aus dem Osten zurückgekehrt, so daß die gesetzlich vorgeschriebenen Formalitäten nicht erfüllt werden konnten. Unser Stimmzettel hat natürlich auch mit acht Namen volle Gültigkeit.

Die Wahlleitung.

## Zinte

3. Zoebisch, Gr. Steinstraße 8.

1 Paar Schallschellen, Größe 42, zu verkaufen.

Wormlitzerstrasse 116, 2.

Suche für Hof ab. 1. 4. 19 ein

entgehener Material-

u. Grünwaren-Geschäft.

Robert Lingner,

Volkmannstrasse Nr. 8 a.

Pianino,

wenn auch reparaturbedürftig, für

Streuabschleichen durch mich zu

kaufen gesucht.

Schreiben mit Preis an

H. Lüders,

Mittelstr. 9.

# Alte sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Wahlkreis: Merseburg — Querfurt.

Achtung Wähler! Achtung Wählerinnen!

Wähle am 19. Januar die Liste der alten Sozialdemokr. Partei

Vors. Ebert, Scheidemann

mit den Anfangsnahmen

Adolf Thiele, Halle.

# Deutsche demokratische Partei.

Unsere Kandidaten für die Wahl am 19. Januar sind:

1. Delius, Carl, Postsekretär in Halle,
2. Koch, William, Landwirt in Unterfarnstedt,
3. Blankenburg, Willi, Dr., Oberlehrer in Zeitz,
4. Goldsch, Agnes, Frl., Dr. in Halle,
5. Klaugold, August, Fleischermeister in Halle,
6. Koppeler, Friedrich, Gewerkschaftssek. in Bitterfeld,
7. Schleier, Renatus, Mittelschullehrer in Wittenberg,
8. Fey, Reinhold, Handlungsgehilfe in Plessa,
9. Barow, Katharina, Frl., Zungenpflegerin in Merseburg.

Wähler und Wählerinnen! Seht Euch die Stimmzettel genau an! Laßt Euch nicht irreführen! Die Stimmzettel der Deutschen demokratischen Partei beginnen mit dem Namen

Delius, Carl, Postsekretär in Halle.

Meiner werthen Kundschaft teile ich ergebenst mit, dass ich mein

**Kolonialwaren-Geschäft,**  
Breitestrasse 24/25

nach Neuanmeldung zur Kundenliste wieder eröffne und bitte ich um gütigste Berücksichtigung.

**Paul Sonntag,**  
i. Fa. Julius Hoffmann.

## Die Deutsche demokratische Partei

hat durch die Ablehnung der Listenverbindung mit der Deutsch-nationalen Volkspartei

nicht das Bürgerthum verraten, sondern damit nur den Weg eingeschlagen, der eine

Abwanderung größerer Wählermengen zur Sozialdemokratie verhindert.

**Stiche und Trikotagen, Seide und Volls, Künstler- und Schellengardinen**  
Lieferung zu preisen im  
Partiwarengeschäft S. Biletzky,  
Leipzigerstrasse 103, I. Etage.

Wasserleitungsrohre werden repar. u. neu aufgearbeitet.  
Schlosserei Carl Vier,  
Quom. Wochenstr. 62.

Schluss der Anzeigen-Annahme vormittags 10 Uhr.



Summierte u. b. wasserfeste Bettkaffe  
In guten Qualitäten sowie  
Behandlung für  
Amerikaner und deren  
Linas empfiehlt  
C. Klappbach,  
Große Kirchstraße 41.

# Alte sozialdemokratische Partei

Vorsitzende: Ebert — Scheidemann.

Der Wahltag am 19. Januar entscheidet über die Zukunft des deutschen Volkes.

## Wie die Wahlen, so unsere Zukunft.

Wer will durch die deutsch-nationale „Volkspartei“ das alte ge-  
stürzte Regiment wieder in den Sattel helfen?

Wer will durch die demokratische „Volkspartei“ die Kapitalherr-  
schaft verewigen helfen?

Wer will durch die „Unabhängigen“ dauernde Verwirrung schaffen?

Wer

für Friede, Freiheit, Brot,  
für ruhige Entwicklung im Innern,  
für gleiches Recht und gleiche Pflichten,  
für nutzbringende Sozialisierung

der

stimme für die Kandidaten der alten  
sozialdemokratischen Partei:

- Thiele, Adolf, Schriftsteller, Halle,  
Voss, Otto, Bezirksleiter, Halle,  
Ruehland, Lydia, Schwestern, Dürrenberg,  
Garbe, Hermann, Bezirksleiter, Halle,  
Kleis, Friedrich, Arbeitersekretär, Halle,  
Krüger, Richard, Geschäftsführer, Merseburg,  
Richter, Friedrich, Eisenbahner u. Kleinlandwirt,  
Brachstedt bei Nienberg,  
Privenau, Wilhelm, Gewerkschaftssekretär,  
Priesteritz bei Wittenberg.

# Auf zur Wahl!

Die Wahlleitung.